

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Wagem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsbblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Als teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabett nach Tarif, der jedoch bei Abrechnung nach dem tatsächlichen Verbrauch berechnet wird. Verlagspreis: Die einseitige Seite ober deren Raum 18 Pfg., die Reklameseite 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge des. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 136

Altensteig, Dienstag den 14. Juni 1933

55. Jahrgang

Vor Lausanne

Während in Deutschland der Aufmarsch der Parteien für den kommenden Reichstagswahlkampf vollzogen wird und in Berlin unter ziemlich unerfreulichen Umständen der bewegt verlaufene Meinungsaustausch zwischen der neuen Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat, ohne die übliche Einigung zu finden, ist die Lausanner Konferenz fällig geworden. Die Vorkonferenz für Lausanne, die am Sonntag in Paris stattfand, zwischen England und Frankreich, hat keine Klarheit über die Lösung der Tributfrage gebracht, wenn auch die amtliche Auslassung von einer „Gemeinsamkeit der Auffassungen“, von einer „gerechten und wirksamen Lösung“ spricht. Das ist spärlich und unbestimmt, und nur eines ist sicher: Die Befriedigung in Paris rührt daher, daß England in Lausanne nicht die völlige Streichung der Kriegsschulden vorschlugen, sich vielmehr mit einer vorläufigen Verlängerung des Zahlungsausschubes für Deutschland zufrieden geben will. Dadurch hat Frankreich seinen Standpunkt durchgesetzt, daß für Deutschland die Zahlungspflicht weiterbesteht. Die Zahlungsaussetzung soll aber nur für sechs Monate verlängert werden und überdies die Verpflichtung in sich schließen, daß auch Deutschland sich an einem gemeinsamen Ersuchen der europäischen Mächte um Streichung sämtlicher Kriegsschulden bei Amerika beteiligen soll.

Ob in Paris für Lausanne noch mehr vereinbart wurde, steht dahin. Besprochen wurde noch die Abrüstung und die Hilfeleistung für Oesterreich. Die Auslassungen der englischen und französischen Blätter zur Tributfrage zeigen, daß alles noch in der Schwebe ist, aber auch, daß uns Lausanne die endgültige Befreiung von den Kriegskrediten nicht bringen wird, daß die „letzten hundert Meter vor dem Ziel“, wie Dr. Brüning sagte, zu früh abgesteckt waren.

Worum geht es denn in Lausanne? Nur um Geldfragen, die längst keine Fragen des Wollens, sondern nur mehr Fragen des Könnens sind? Und um deren Lösung der deutsche Staatsbürger, der freilich an privaten Sorgen gerade keinen Mangel leidet, sich daher nicht zu kümmern braucht? Nicht doch, es geht in Wahrheit um viel mehr. Es geht darum, ob der Krieg nach dem Kräfte nun endlich ein Ende haben soll, oder ob die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, wie dies durch das Versailler Diktat vierzehn Jahre lang möglich war, auch für die Zukunft unbegrenzt weitergehen soll. Es geht darum, ob uns — dieweil wir ersichtlich nicht mehr können — wieder einmal eine Atempause bewilligt werden soll, oder ob mit diesem ganzen, infamen Späßen der Division eines Sechzig-Millionen-Volkes radikal gebrochen werden soll. Man sollte meinen, das wäre schon eine Frage, die den Nächstbeteiligten, das Versuchsanfänger Deutschland nämlich, in diesen Tagen der Entscheidung einigermaßen beschäftigen sollte! Aber man merkt bei uns nicht viel davon.

Pariser Stimmen

Die französisch-englischen Besprechungen werden von der Pariser Presse im allgemeinen günstig, wenn auch hinsichtlich ihres Ergebnisses zurückhaltend, beurteilt. „Petit Parisien“ meint, daß man sich außerordentlich um eine Verständigung über die in den kommenden Verhandlungen zu besorgenden Methoden bemüht habe. „Journal“ ist etwas abwartender. Erst in Genf und Lausanne, schreibt das Blatt, werde man das wahre Ergebnis der Pariser Besprechungen feststellen können. Der wesentliche Satz des Communiqués sei der, in dem erklärt werde, daß die Gemeinsamkeit der Ansichten zwischen den englischen und den französischen führenden Kreisen einen glücklichen Abschluß der Verhandlungen von Lausanne und Genf voraussetzen ließe. Etwas präziser wird in seinen Ausführungen der Außenpolitiker des „Echo de Paris“: Was das österreichische Problem“ anlangt, so sei die französische Regierung geneigt, zu der von Oesterreich geforderten Hilfe am meisten beizutragen. Aber Herriot und Marlin seien sich klar geworden, daß sie Oesterreich nicht Geld geben und gleichzeitig den Forderungen der französischen Allierten, Südslawien, Rumänien usw. gegenüber taub bleiben könnten. Daher verlange die französische Regierung, daß die österreichische Anleihe einen Teil eines allgemeinen Planes der Sanierung der Donauländer bilde. Macdonald habe sich überdies, so schreibt das Blatt, dafür stark gemacht, Deutschland zu einer Erklärung über seine friedlichen Absichten gegenüber Polen zu bewegen. Aber er habe sich besonnen, weil er gemeint habe, ein derartiges Dokument würde ihm verweigert werden. Das Herriot nahestehende Organ „Ere Nouvelle“ äußert sich zu den französisch-englischen Besprechungen: Es scheint, daß die Engländer genau wie wir beurteilen haben und ausgeben, daß von der Streichung der geschätzten Annuitäten solange keine Rede sein kann, solange Ame-

Die finanzielle Notverordnung

Ihre Bedeutung — Die neuen Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts

Berlin, 13. Juni. Wie wir erfahren, werden die Notverordnungen am Dienstag abend der Öffentlichkeit übergeben werden. Die wichtigste ist naturgemäß die über die finanziellen Maßnahmen. Ihre Bedeutung liegt diesmal darin, daß sie die Basis für die Stabilisierung des neuen Reichshaushalts liefert, und darüber hinaus in der Tatsache, daß die Abwendung einer bedrohlichen Kassenlage nur auf der Grundlage des Staatsausgleichs möglich ist.

Die Schwierigkeiten der Finanzlage haben ihre Hauptursache in einem Sozialetat, bei dem die Ausgaben infolge des ungeheuren Anwachsenden der Arbeitslosigkeit immer stärker angeschwollen sind, und zwar im Jahre 1931 auf die bereits häufig genannte Summe von 3 Milliarden. Bei gleichbleibender gesetzlicher Regelung dürften im Etatjahre 1932 über 3,5 Milliarden notwendig sein. Da die erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind, ist die Reichsregierung gezwungen diese Ausgaben innerhalb der Grenzen des Jahres 1931 zu halten, also rund eine halbe Milliarde einzusparen. Dazu sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, die im wesentlichen auf eine Anpassung der Höhe der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge an den Durchbruch der Wohlfahrtsunterstützung hinauslaufen. Von besonderem Interesse ist dabei noch, daß auch bei der Arbeitslosenversicherung nach 6 Wochen die Bedürftigkeitserklärung eintritt.

Die Deckung des Sozialstats wird folgendermaßen erreicht: Die Beiträge der Arbeitslosenversicherung belaufen sich auf 1388 Millionen, der Reichsschuss auf 860 Millionen im Jahre 1931 angesetzt. Der Anteil der Gemeinden müßte von 870 auf 680 Millionen herabgesetzt werden. Das ist nach Auffassung der zuständigen Reichsstellen das Höchste, was die Gemeinden überhaupt aufbringen können. Zusammen ergeben diese drei Beiträge rund 2,6 Milliarden, jedoch also immer noch rund 400 Millionen fehlen. Sie sollen durch eine Abgabe für die Arbeitslosenhilfe, Beschäftigungssteuer, aufgebracht werden. Diese Abgabe wird aus Gründen der technischen Vereinfachung mit der Krisenlohnsteuer zusammengelegt. Diese kombinierte neue Steuer wird so gesteuert, daß die Höhe der Krisenlohnsteuer um 1,25 Prozent erhöht werden. Bei einem Arbeitslohn bis zu jährlich 1500 Mark, der bis jetzt von der Krisensteuer befreit war, sind 1,5 Prozent im Monat zu zahlen, von 1500—3000 Mark 2,5 Prozent, über 3000 Mark 3,25 Prozent. Auch für die höheren Gehälter werden die Sätze entsprechend denen der Krisenlohnsteuer so gesteuert, daß jeweils eine Erhöhung um 1,5 Prozent eintritt, und zwar bis zu einer obersten Stufe von 6,5 Prozent. Für die Beamten beträgt die neue Belastung einbezüglich 1,5 Prozent.

Zu den Einzelmaßnahmen, die zur Herabsetzung der Ausgaben des Sozialstats notwendig sind, gehört auch noch eine 20prozentige Kürzung der Renten für ledige und kinderlose Verwitwete und die Beengung der Kinderzuschläge von Waisenrenten auf das 15. Lebensjahr, wenn nicht Gebrechlichkeit oder Berufsausbildung die Weiterschaltung herbeiführen. Diese beiden Maßnahmen bringen 10 und 20, zusammen also 30 Millionen Ersparnis. Ebenfalls ist eine Kürzung der Unfallrenten erforderlich geworden.

Die weiteren Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts beschränken sich auf folgendes: Bei der Umsatzsteuer läßt in Zukunft die Freigrenze von 5000 Mark. Die Umsatzsteuer hat im Jahr 1931 995 Millionen gebracht und ist im Etat 1932 mit 1820 Millionen eingestellt. Die Freigrenze war seinerzeit eingeführt worden, weil die Umsatzsteuerfälle auf diese Weise auf die

halbe Anzahl vermindert wurden. Der Ausfall, der dieser veraltungsmäßigen Vereinfachung gegenüberstand, hat sich nach Erhöhung der Steuer weit mehr als verdoppelt. Die Freigrenze bot wohl auch häufig die Möglichkeit zu Umgehungen. Da der Umsatzposten schon wegen der Verminderung durch Wirtschaftskrisen ohnehin der risikoreichste Staatsanlag ist, bleibt nach Auffassung der maßgebenden Stellen nichts anderes übrig als die Freigrenze aufzuheben, um mit verhältnismäßiger Sicherheit in das Etatjahr 1932 hineinzugehen zu können.

Außerdem enthält die Notverordnung die Wiedereinführung der Salzsteuer, die vor dem Kriege bereits bestand und auch in allen anderen Ländern besteht. Die Wiedereinführung erfolgte in der alten Höhe von 6 Pfennig pro Pfund. Die Salzsteuer wird 60—70 Millionen bringen. Das macht also eine Belastung von rund einer Mark im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung. Die Salzsteuer soll die Möglichkeit schaffen, im Etat 30 Millionen für die Siedlung einzusparen, während für sie bisher keinerlei Mittel vorgelesen waren. Dieser Betrag ist schon deshalb notwendig, weil verbunden werden muß, daß das bereits begonnene Siedlungsarbeiten stehen bleibt.

Die Neuordnung der sozialen Ausgaben nimmt betont Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Lage der Gemeinden. Bilde es bei der alten Regelung, so hätten sie im neuen Etatjahr 1350 Millionen für die Arbeitslosenrente aufzubringen. Da das Reich von ihnen aber nur 680 Millionen erwartet, ist es ihm also mit 670 Millionen entgegengekommen. In den letzten Monaten sind ihnen bereits 70 Millionen zugeführt worden, jedoch noch 600 Millionen zu verteilen sind. Die Verteilung erfolgt nach einem besonders vereinfachten einheitlichen Schlüssel, der die schwierigen Fälle überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit berücksichtigt. Auf der anderen Seite erwartet das Reich von den Gemeinden allerdings eine möglichst sparsame und ordnungsmäßige Wirtschaftsführung. Deshalb werden künftig nur solche Gemeinden bedacht, die eine Kassen-, Haushalts- und Rechnungsordnung etwaeinführt haben. Damit wird die Linie des Kabinetts Brünning in der Richtung einer Ordnung der Gemeindefinanzen weitergeführt. Die neue Notverordnung geht sogar so weit, zu bestimmen, daß künftig die Fertigstellung eines ausgeglichenen Haushalts nicht durch Beschlüsse der Gemeindevertretungen erschwert oder unmöglich gemacht werden kann, denen die Deckung fehlt. Erhöht also die Gemeindevertretung Haushaltsansätze ohne Deckung, so kann die Gemeindeverwaltung Einspruch erheben, der unbedingt Geltung hat. Ähnliche Sparmaßnahmen werden für die Behandlung von Stellenfragen und für den Fall gesehen, daß eine Gemeindevertretung aus irgend welchen sonstigen Gründen keinen ausgeglichenen Haushalt zustande bringt. Es ist übrigens auch Vorsorge getroffen, daß die Maßnahmen zugunsten der Gemeinden von den Ländern nicht beim Finanzausgleich wieder gefährdet wird.

Der Gesamthaushalt des Reichs ist in dieser Notverordnung nicht enthalten. Er geht vielmehr dem Reichsrat so schnell wie möglich zur Beratung zu. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 8,2 Milliarden. Um den Ausgleich vollständig zu machen, wird mit den Ressorts übrigens noch über weitere Ersparnisse in den veraltungsmäßigen Ausgaben verhandelt, die unter allen Umständen durchgeführt werden.

ritz ein gleiches nicht für die Kriegsschulden tut. Es scheint ebenfalls sicher zu sein, daß die Engländer gefühl haben, welcher Abbruch dem internationalen Vertrauen und damit dem Frieden selbst getan würde, wenn man den Begriff von der Achtung der Verträge nicht intakt ließe.

Vondoner Echo

Die hoffnungsvolle Note, die zu den Pariser Besprechungen von der Sonntagspresse angeschlagen wurde, klingt auch in den Überberungen der Londoner Blätter wieder, wenn auch verhältnismäßig vor übertriebenen Erwartungen gewarnt wird. Die Pariser Korrespondenten der Londoner Blätter erwarten, daß in Lausanne eine Verlängerung des Moratoriums um sechs Monate vorgenommen werden wird, und daß Frankreich in Genf zu einer Verminderung seines Heeresbudgets um 10 Prozent sich bereit erklären wird.

„Times“ hat in einem Leitartikel: Ein neuer Geist scheint eingeschlagen zu sein, und meint weiter: Von Lausanne wird wenig mehr als eine zeitweilige Regelung erwartet, wenn für möglich

gehalten, angesichts der letzten Äußerungen der amerikanischen Regierung über die Kriegsschulden und angesichts der durch den Regierungswechsel in Deutschland geschaffenen Lage. Daß Deutschland weder in diesem noch im nächsten Jahre Reparationen bezahlen kann, und die Tatsache, daß kein deutscher Staatsmann die Verantwortung übernehmen wird, zu lassen, daß die Zahlungen wieder aufgenommen werden können, betrachtet man nicht länger als willkürliche und einseitige Verlesung der Hoover Vereinbarungen, sondern als durchaus vernünftig. „Daily Mail“ sagt, die Aussichten seien ein wenig besser. Aber England dürfe nicht auf Reparationen und Kriegsschulden verzichten, solange es an Amerika weiterbezahlen müsse. „Daily Herald“ verlangt Wiederräumung der Fehler von Versailles durch Beseitigung der Schulden und der Rückstellungen. „News Chronicle“ sagt, das Terrain für Lausanne werde sorgfältiger und erfolgreicher vorbereitet, als es bei irgend einer internationalen Konferenz der neueren Zeit der Fall gewesen sei.



Die Beratungen des Reichskabinetts

Berlin, 13. Juni. Das Reichskabinett beschäftigte sich Montag vormittag mit der Vorbereitung der Lausanner Konferenz. Nach eingehenden Darlegungen der beteiligten Reichsminister wurde eine völlige Einmütigkeit des Reichskabinetts über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung festgestellt.

Die Stellvertretung des Reichsfinanzministers während seiner Abwesenheit in Lausanne übernimmt der Reichsinnenminister Freiherr von G a r l.

Eine Zwischenlösung bringt keine Gesundheit

Berlin, 13. Juni. In den Erörterungen der englischen und französischen Presse über die bevorstehende Lausanner Konferenz, die im wesentlichen einen stark optimistischen Charakter tragen, sieht man in hiesigen politischen Kreisen eine beabsichtigte Stimmungsmache; es wäre verfehlt, daraus vorläufige Schlüsse über die englische und französische Haltung zu ziehen.

Der deutsche Standpunkt ist entsprechend der Regierungserklärung des Kabinetts von Bapen völlig eindeutig festgelegt in seinen Forderungen nach Wiederherstellung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands, der Schaffung der politischen Freiheit und der wirtschaftlichen Wiedergesundung der Welt. Für uns ist jedoch verständlich das vordringlichste Problem die Regelung der Reparationsfrage. Daneben wird sich die Konferenz von Lausanne aber auch mit den Fragen der interalliierten Schulden zu beschäftigen haben und mit dem Gesamtproblem der Weltwirtschaftskrise, in das diese beiden Fragenkomplexe hineingreifen. Man kann nach der Auffassung hiesiger politischer Kreise irgend eine Lösung dieser ganzen Frage nur dann als definitiv bezeichnen, wenn sie wirklich zu einer umfassenden Gesundung der Weltwirtschaft beiträgt. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet können Zwischenlösungen irgendwelcher Art nicht als Mittel zur Wiedergesundung angesehen werden.

Weitere Aussprache des Kanzlers mit den süddeutschen Regierungschefs

Berlin, 13. Juni. Wie wir erahnen, daß nach dem Empfang beim Reichspräsidenten Sonntagmittag in der Reichskanzlei noch eine einkündige, also ebenfalls recht eingehende Aussprache zwischen dem drei süddeutschen Regierungschefs und dem Reichskanzler stattgefunden hat. Von unterrichteter Seite wird dazu erklärt, daß die Aussprache über die Probleme, die beim Reichspräsidenten behandelt worden waren, in dieser Besprechung noch vertieft wurde. Auch diese Zusammenkunft bekräftigt den Eindruck, daß es gelungen ist, an die Stelle der Spannung zwischen den Ländern und dem Reich immerhin eine gewisse Beruhigung zu setzen. Dabei wird aus Kreisen, die den beteiligten Ländervertretern nahe stehen, allerdings kein Hehl daraus gemacht, daß in der Frage der Aufhebung des S.M.-Verbots der Standpunkt der süddeutschen Länder auch weiter von dem der Reichsregierung abweicht. Von der gleichen Seite wird die Situation dahin gekennzeichnet, daß die Länder nun zunächst einmal abwarten werden, wie sich die Reichsregierung zu ihnen stellt.

Zur Konferenz mit den süddeutschen Ländervertretern

München, 13. Juni. Der „Bayerische Kurier“ schreibt zu den Berliner Besprechungen der süddeutschen Staatschefs u. a.: Völlig ergebnislos sind die Debatten über die Aufhebung des S.M.- und S.S.-Verbots verlaufen. Die Ministerpräsidenten befürchteten, daß das Wiederaufheben von Uniformen zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führen werde. Sie haben ein allgemeines Verbot sämtlicher vorhandenen Organisationen gewünscht. Daß die Reichsregierung sich dazu entschließen wird, darf als ziemlich ausgeschlossen betrachtet werden. Unter diesen Umständen wäre es denkbar, daß hier die süddeutschen Regierungen mit eigenen Verordnungen eingreifen.

Hilferkundgebung in Mainz

Mainz, 13. Juni. Auf dem Sportplatz am Fort fand heute abend eine große Kundgebung der NSDAP statt. Als erster Redner sprach Bromberger-Nürnberg, der in seinen Ausführungen besonders gegen das Zentrum polemisierte. Nach ihm ergriff Prinz August Wilhelm von Preußen das Wort, dessen Ausführungen der Person und des Wertes Hitler's galten, als dessen Wegbereiter er sich bezeichnete. Von der Menge mit Begeisterung begrüßt, sprach dann Adolf Hitler, der nach einem historischen Rückblick auf die Geschichte seiner Partei betonte, es gelte, den internationalen Marxismus und den bürgerlichen Nationalismus auszuwischen. Es gebe keinen Nationalismus, der nicht letzten Endes in den Sozialismus münde, und es gebe keinen Sozialismus, der sich nicht zuletzt von der Klasse löst und aufstehe im Dienste der Nation. Der Nationalsozialismus habe sich zum Ziele gesetzt, ein großes starkes Deutschland, ein Hort der Freiheit und damit des Rechtes, ein Staat der Macht, der Größe und der Stärke und zugleich der sozialen Gerechtigkeit. Dieser Kampf sei jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten.

Neues vom Sage

Inanspruchnahme des Rundfunks durch die Regierung

Berlin, 13. Juni. Der Reichsinnenminister hat im Einvernehmen mit dem Reichspostminister einen Erlass über die Inanspruchnahme des Rundfunks durch die Reichsregierung herausgegeben. Die Reichsregierung behält sich in diesem Erlass vor, den Rundfunk täglich eine halbe Stunde lang innerhalb der Stunde von 18.30 bis 19.30 Uhr für Vorträge in Anspruch zu nehmen, in denen die Aufgaben und Absichten der Regierung erläutert werden sollen. Die Durchführung dieser Regierungsvorträge im einzelnen wird von der Drabog geleitet werden. Die Vorträge sollen über den Deutschlandsender gehalten und auf alle Sendegesellschaften übertragen werden.

Der Aufmarsch zur Reichstagswahl

Die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge Berlin, 14. Juni. Im Reichsministerium des Innern fand gestern eine Besprechung mit den Parteien über die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl 1932 statt. Auf dem Reichswahlvorschlag wird die Sozialdemokratische Partei die Nummer 1 erhalten, es folgt alsdann unter Nr. 2 die NSDAP, die Komm. Partei trägt die Nummer 3, das Zentrum Nr. 4, die Deutschnationale Volkspartei Nr. 5, die Deutsche Volkspartei Nr. 6, die Wirtschaftspartei Nr. 7, die Deutsche Staatspartei Nr. 8, die Bayerische Volkspartei Nr. 9, das Deutsche Landvolk Nr. 10 und der Christlich-Soziale Volksdienst Nr. 11, in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl (1930) erhalten haben.

England in Erwartung des „Graf Zeppelin“

London, 13. Juni. Die englischen Blätter bringen Ausführungen zu dem Besuch des „Graf Zeppelin“ am 2. Juli. Vorbereitungen für die Landung und den voraussichtlich großen Andrang des Publikums sind bereits getroffen. Das Luftschiff soll Sonnabend, den 2. Juli, um 18 Uhr auf dem Flugplatz von Danmorth eintriften und kurz darauf zu dem 24 Stunden-Flug über England starten.

Spuren von Bertram gefunden?

Berth (Westaustralien), 13. Juni. Eingeborene entdeckten hundert Meilen nordwestlich von Wyndham die Spuren von zwei Weissen. Die Spuren führten nach Süden. Man glaubt, daß es sich um den Opiumhändler Bertram und seinen Begleiter handelt. Eingeborene fanden ein mit H. A. gezeichnetes Taschentuch und ein Zigarettenetui mit eingraviertem Bildnis in deutscher Sprache. Die FINDER übergaben diese Gegenstände dem Vater Cubero von der Drosdale-Rifflon. Der Fund verstärkt die Hoffnung, daß Bertram und sein Begleiter noch leben. Als Vater Cubero heute die Nachricht durch besonderen Eilboten in Wyndham erhielt, erteilte das Kriegsdepartement der Westaustralien die Genehmigung, ein Flugzeug nach Wyndham zu senden, um nach Bertram zu suchen.

Senat und Kammer in Rumänien aufgelöst

Bukarest, 13. Juni. Das Dekret, durch das Senat und Kammer aufgelöst werden, wurde heute veröffentlicht. Die Neuwahlen zur Kammer finden am 17. Juli, die Senatswahlen am 20. Juli statt. Die neu gewählten Häuser haben am 30. Juli wieder zusammenzutreten.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 14. Juni 1932.

Übertragen wurde die Pfarrei Wart-Ebershardt, Dekanats Ragold, dem Pfarrverweser Alfred Böhle daselbst.

Heuernte. Nach dem Eintreten der hochsommerlichen Witterung hat nun die Heuernte allgemein eingesetzt. Mit den Landwirten beginnt damit die Zeit der schwersten Arbeit des Jahres. Es ist nur zu hoffen, daß das schöne Wetter eine zeitlang anhält, damit das Heu, das dieses Jahr einen reichen Ertrag verspricht, trocken und gut eingebracht werden kann.

Lehrberechtigung für Fischzucht und Fischereiwirtschaft. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Dem Landesfischereischowverordneten Regierungsrat Dr. Smolian in Stuttgart ist die Lehrberechtigung für das Fach Fischzucht und Fischereiwirtschaft an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim erteilt worden.

— Sankt Veitstag. Am 15. Juni ist Sankt Veitstag, eigentlich Sankt Vitusstag. Der heilige Vitus, einer der vierzehn Nothelfer, wurde angeblich unter dem römischen Kaiser Diokletian gemartert. Wenn es am Veitstag regnet, sagt der Bauer: „Der Veit hat's Häselein verschüttet“. Veitregen gilt als Zeichen für lang andauerndes Regenwetter. „Sankt Veit verjagt den Heu“. „Regnets an Sankt Veit, Gerste mit leit“. Hierher gehört auch der Ausruf: „O heiliger Veit, o regne nicht, daß es uns nicht an Gerste gebracht!“ Früher läte man am Veitstag den Spätzflach. Daher rührt noch die Redensart: „Sankt Veit Berg geit“. „Geit“ heißt gibt. — Alte Ueberlieferung sagt: „Wenn man am Veitstag die erste Dinkelsähe sieht, kann man an Jakob schneiden“. Jakob ist am 25. Juli. Von großer Bedeutung ist der Veitstag für den Weingärtner. Im Tauberggrund gilt die Regel: „Steht der Weinstock Veitstag in der Blut, so ist der schon gut“.

Ragold, 13. Juni. (Schwindler. — Alarm.) Vor einiger Zeit wurden unter anderem auch unsere Stadt und andere Orte unseres Oberamtes von einem fahrenden Sänger mit seinem Sing-Sang beglückt. Er verlegte sich dabei aber nicht nur auf dieses wahrscheinlich etwas wenig einträgliche Geschäft, sondern er verstand es auch, durch Heiratversprechungen sich recht billig und angenehm durchs Leben zu schlagen. Zu diesem Zweck legte der 1903 in Gräfenhausen (bayer. Pfalz) gebürtige Ernst Schwab sich auch den Namen von Stratom zu. Er wohnte in Ragold, Sulz, Bödingen und Oberjettingen bei seinen verschiedenen zukünftigen Schwiegereltern und ließ sich von seinen Bräuten verhätscheln. U. a. ergatterte er auch einen goldenen Ring. In Sulz O.A. Ragold war er bereits einmal festgenommen, dort aber aus dem Ortsarrest ausgebrochen. In Balingen hat man ihn nun endgültig und sicher hinter die schwedischen Gardinen gebracht. — Der in Troßingen verhaftete Deflorationspezialist war auch in Ragold. Wie bereits bekannt wurde, hat man in Troßingen einen Alfred Hetterich, alias Hugo Glas, aus Cannaburen verhaftet. H. hatte auch in Ragold einen Deflorationskurs abgehalten, der von verschiedenen Geschäften aus besucht wurde. Zugleich verkaufte er Deflorationsmaterial, für das er sich Anzahlungen geben ließ. Eine Lieferung ist aber nicht erfolgt. — Die Wackerlinie alarmiert. Heute mittag wurde die Wackerlinie alarmiert, da im Hofe der Firma Berg u. Schmid-Ragold der Müllablagungsplatz in Brand geraten war. Der Inhaber konnte durch

sofortiges Eingreifen das Feuer im Keim ersticken, so daß die Wackerlinie nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. K 6.

Feldrennack, 11. Juni. Der vor einiger Zeit verstorbene Hermann Kling, Architekt in Feldrennack, hat kurz vor seinem Tode einen Unfall erlitten, an dessen Folgen er vermutlich gestorben ist. Wegen dieses Anfalls hat die Witwe des Verstorbenen Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Zur einwandfreien Feststellung der Todesursache hat die Allianz und Stuttgarter Verein A.G. die Ausgrabung und Öffnung der Leiche beantragt. Der Sektion, die heute vormittag auf dem hiesigen Friedhof statt fand, haben neben dem Gerichtsarzt, Med. Rat Dr. Lang-Calm, von der Versicherung aus Dr. med. Köpflin und Professor Dr. Siegmund-Stuttgart, beigewohnt.

Neuenbürg, 10. Juni. Der vom Gemeinderat am 24. Mai vorbereitete Haushaltsplan der Stadtpflege für das Rechnungsjahr 1932 mit der Nebenverwaltung Real- und Lateinschulspflege sowie mit dem Haushaltsplan der Ortsfürsorgekasse und der Elektrizitätskasse war nach öffentlicher Bekanntmachung während einer Woche zur Einsicht der Gemeindebewohner aufgelegt. Einwendungen sind nicht vorgebracht worden. Gemeindesteuerpächter, die mindestens ein Viertel der gesamten auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer fallenden Gemeindeumlage zu bezahlen haben, sind nicht vorhanden. Vom Gemeinderat wurde nun beschlossen: der Haushaltsplan für die Kasse des Elektrizitätswerts für 1932 festzustellen mit Einnahmen 57 335 M., Ausgaben 60 435 M., und einem Ueberschuß von 3000 M., wozu zu Abschreibungen notwendig sind 2400 M. und 4500 M. als Betriebsüberschuß verbleiben; ferner den Haushaltsplan der Stadtpflege für 1932 feststellen in Einnahmen mit 118 450 M., Ausgaben 293 240 M., und einem Ueberschuß mit 178 790 M.; den Fehlbetrag zu decken durch Reichssteuerüberweisungen im mutmaßlichen Betrag von 29 790 M., durch eine Umlage auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wie im Vorjahr mit 20 Prozent (vorausichtlich 77 145 M.), durch Heranziehung des Betriebsüberschusses vom Stadt Elektrizitätswert 4500 M. Wegen des noch nicht gedeckten Reites soll um einen entsprechenden Zuschuß aus dem Ausgleichsstod. um einen Beitrag zu den Volkshochschülergehältern sowie um Erleichterung der Wohlfahrtslasten in der einen oder anderen Richtung nachgesehen werden. Der Antrag des Vorliegenden, einen Zuschlag von 100 Prozent zur Bürgersteuer zu erheben, für den Fall, daß ein solcher nicht vom Reich angeordnet wird, wurde einstimmig abgelehnt. Aus dem Haushaltsplan der Stadtpflege ist zu erwähnen: Die Einnahmen aus dem Grundbesitzumzug an Pachtzinsen und Holz sind erheblich zurückgegangen. Die Reineinnahmen betragen nur noch 48 130 M., die Ausgaben 21 410 M., die Ausgaben für allgemeine Verwaltung 29 790 M., für Armenfürsorge 37 000 M., für Schulen und kirchliche Zwecke 9 850 M. (ohne Gebäudeunterhaltung), denen 12 310 M. Einnahmen gegenüberstehen; für Straßen und Wege Ausgaben 26 330 M., gegenüber 1290 M. Reineinnahmen; für Ausbesserung von Hochwasserbeschäden sind noch aufzuwenden 7550 M.; für die Amtsförderungsumlage sind vorzusehen 35 000 M.; an Reichssteuerüberweisungen und Ertrag der Kataster müssen weniger eingeklebt werden gegenüber dem Vorjahr 8276 M. Zur Deduktion der Fürsorgekosten und des Amtschadensanteils mit zusammen 72 000 M. sind nach den heutigen Katastern allein 22 Prozent Umlage notwendig gegenüber im Jahr 1914 3 1/2 Prozent; unter der Amtschadensumlage stecken auch ganz erhebliche Beträge an Fürsorgekosten. Einen Zuschlag zur Bürgersteuer hat der Gemeinderat abgelehnt, weil er eine weitere Steuerbelastung der Einwohnerchaft bei den schlechten Arbeits- und Geschäftverhältnissen für untragbar hält und die Ansicht vertritt, daß die Gemeinden in der einen oder anderen Weise in den Ausgaben entlastet werden müssen. Beim städtischen Elektrizitätswert verhindert der hohe Strompreis den Verbrauch zu Haushaltungszwecken in dem üblich gestiegenen Maße. Auf Vorschlag der Verwaltung und nach Beratung im technischen Ausschuss wird beschlossen, den Tarif für Haushaltstrom von 12 auf 10 Pfg. herabzusetzen. Eine allgemeine Senkung des Tarifs kann nicht eintreten, weil die Lichtpreise bereit 20 Prozent unter den Vorkriegspreisen liegen.

Dürlingen O.A. Tübingen, 13. Juni. (Entlegliche Entdeckung.) Beim Tränken seines Viehes machte ein Bewohner des Gäßlebrunnens die grausige Entdeckung, daß ein 1 1/2 jähriges Kind sich im Brunnenort befand. Bei näherer Untersuchung stellte es sich heraus, daß es sich um das Mädchen des Landwirts Willi Dieter handelte. Das Kind hat beim Spielen das Gleichgewicht verloren und kam auf diese Weise ums Leben.

Stuttgart, 13. Juni. (Sozialdemokratische Kandidaten.) In einer Sitzung des erweiterten Landesverbandes der Sozialdemokratischen Partei Württemberg wurden die Vorbereitungen für den Reichstagswahlkampf getroffen. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende der Landespartei, Reichstagsabgeordneter Hofmann. Die fünf bisherigen Reichstagsabgeordneten stehen auch diesmal wieder an der Spitze der Liste, die nur wenige Veränderungen aufweist: 1. Reil, Wilhelm, seith. M. d. R., Ludwigsburg, 2. Rohmann, Erich, seith. M. d. R., Stuttgart, 3. Schumacher, Dr. Kurt, seith. M. d. R., Stuttgart, 4. Hildenbrand, Karl, seith. M. d. R., Berlin, 5. Ulrich, Fritz, seith. M. d. R., Heilbronn.

Auto überfährt zwei Personen. In der Lindenstraße fuhr am Samstag ein Personenkraftwagen, der einem andern Kraftwagen ausweichen wollte, auf den Gehweg. Dabei wurden ein älterer Herr und eine Dame niedergedrückt und gegen die Wand gedrückt. Beide erlitten Verletzungen, die ihre Verbringung ins Krankenhaus notwendig machten.

Zerschungsüchtig. Sonntag früh nach 2.30 Uhr schlug ein Mann fünf große Spiegelscheiben an den Schaufenstern des Kaufhauses Schöden ein. Er wurde von der Polizei festgenommen, der er erklärte, er habe die Tat im Verzerr über seine bereits über zwei Jahre währende Arbeitslosigkeit begangen. Der Täter, ein Maurer, gehört keiner politischen Partei an.

Durch geschlossene Bahnstränge. Wie die RPD, Stuttgart mittelt, durchfuhr am Sonntag abend ein mit Personen vollbesetzter Kraftwagen aus Sleimingen die geschlossene Bahnstränge am Bahnübergang beim Bahnhof Schorndorf und blieb auf dem Uebergang stehen. Der in der Aufsicht begriffene Güterzug konnte noch vor dem Uebergang zum Halten gebracht werden, so daß ein Zusammenstoß vermieden wurde.

Werbe film. Der im Auftrag der Deutschen Turnerschaft hergestellte Werbefilm für das 15. Deutsche Turnfest Stuttgart 1933 „Turner heraus“, läuft in ganz Deutschland und auf den Ozeanschiffen der Hapag und des Norddeutschen Lloyd. Der Film zeigt nicht nur die schönsten Landschaften des Schwabenlandes, die Schönheiten Stuttgarts und seiner Umgebung, sondern auch ausgezeichnete Ausschnitte aus der Arbeit der Deutschen Turnerschaft und ihrer Vorbereitungen zum Stuttgarter Turnfest. Mit Raschdruck weist der Film darauf hin, daß die Deutsche Turnerschaft schon heute eifrig an der Arbeit ist, um dem Fest zu vollem Gelingen zu verhelfen. Man sieht im Filme auch die gewaltigen Festplatzanlagen auf dem Cannstatter Wasen in ihren riesigen Ausmaßen. Man sieht weiter den Aufmarsch von Zehntausenden Turnern und Turnerinnen, den Festzug und die gewaltigen Massenübungen früherer Turnfeste.

Kornwestheim, 13. Juni. (Schon wieder Stadt- vorstandswahl.) Nach einer Meldung der „Redar-Zeitung“ hat Ratsherr Georg Bödingen die Stadtvoorstandswahl, bei der Bürgermeister Dr. Steinle zum 3. Mal gewählt wurde, bereits angefochten mit der Begründung, daß in der sozialdemokratischen „Redarpost“ in einem Artikel der Wahrheit zuwider mitgeteilt worden sei, daß die Wahl von seiner Kandidatur zurückgetreten sei. Der Wahlschlichter suchte in den Abendstunden des Samstag auf den Artikel hin zu veranlassen, von der Wahl zurückzutreten, was dieser aber ablehnte, weil er jetzt berechtigten Grund zur Wahlanfechtung hat. Falls der Wahlanfechtung stattgegeben wird, dürfte Kornwestheim das eigenartige Schauspiel einer vierten Stadtvoorstandswahl erleben.

Nietau O.H. Badnang, 13. Juni. (Tödlicher Sturz.) Landwirt Bllh. Fahrbaoh war mit Aufschieben von Stroh beschäftigt. Dabei stürzte Fahrbaoh vom Oberling über zwei Stock hoch auf die Betonbede des Stalles ab und blieb mit schweren inneren Verletzungen liegen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist er seinen Verletzungen erlegen.

Welsheim, 13. Juni. (Pferdesterben.) Es ist auffallend, wie häufig in letzter Zeit in unserer Gegend Pferde eingegangen sind. Kaum einen Ort gibt es, wo nicht dem einen oder dem andern Bauern ein solches Unglück passierte. Einem Landwirt in Vordersteinenberg und Aelstetten verendeten innerhalb kurzer Zeit zwei Pferde. Ebenso ging es einem Bauern in Aildorf. In Pfahlbronn sind sogar einem großen Bauern in einem halben Jahre drei Pferde eingegangen.

Kalen, 13. Juni. (Hohe Gebühren.) Das Ministerium hat für einen wöchentlich stattfindenden Schweinemarkt auf die Dauer von 10 Jahren eine Genehmigunggebühr von 1500 RM. angelehrt. Da es sich um einen verhältnismäßig kleinen Markt handelt, will der Gemeinderat durch seinen Vorsitzenden gegen die Höhe vorstellig werden.

Chingen a. D., 13. Juni. (Staatsliche Auszeichnung u. n. g.) Dem Wiederkehr Chingen a. D., der auf ein 100-jähriges Bestehen zurückblicken kann, ist die staatliche Auszeichnung für Verdienste um die Förderung des Chorgeanges und die Pflege des deutschen Volkliedes verliehen worden.

Niederwangen O.H. Wangen, 13. Juni. (Brand.) Am Sonntag vormittag brach in dem Wohnhaus des Landwirts Hasel im nahen Büfsten Feuer aus und das gesamte Anwesen einäscherte. Pferd und Vieh konnten herausgebracht werden, dagegen verbrannten zwei Mutterschweine. Als Brandursache wird Kurzschluss vermutet.

Redarfum, 13. Juni. (In die Jagd gestürzt.) Am Samstag nachmittag ist in Siglingen a. d. Jagst O.H. Redarfum ein 23-jähriger Mann aus Tiefenbach O.H. Redarfum am Jagstufer hinabgestürzt. Er stieß auf einen Betonsockel auf und geriet mit einem Schädelbruch ins Wasser, wo er ertrank.

Tuttlingen, 13. Juni. (Autodiebstahl.) Am Sonntag wurde die Ruine Granegg in den Besitz des Schwäb. Alvereins übernommen. Gauobmann Rektor Koch-Tuttlingen dankte den 2000 Alvereinsmitgliedern für ihr Erscheinen. Stadtkuhleitz a. D. Glücker-Kottwell übergab das alte Schloß Granegg in die pflegenden Hände des Schwäb. Alvereins.

Hiberach, 13. Juni. (Autodiebstahl.) Samstagabend wurde von der Parkstelle am Marktplatz in Hiberach der Personentruck eines auswärtigen Ingenieurs gestohlen, während dieser mit seiner Ehefrau kurze Zeit in der Stadt Einkäufe machte. Durch die nächstgelegene Funkstelle wurde der Autodiebstahl alsbald überallhin bekanntgegeben. Sonntag nachmittag wurde nun von der Gendarmerie-Hauptstelle Augsburg die Mitteilung gemacht, daß der gestohlene Truck in beschädigtem Zustande an der Eisenbahnhaltestelle Steburg aufgefunden worden sei. Der vermutliche Täter, ein 18 Jahre alter Bursche aus Bayern, habe in der Nähe durch Erschießen Selbstmord verübt.

Umer Kommunisten sprengen eine Zwangsversteigerung

Bermaringen O.H. Blaubeuren, 13. Juni. Am Samstagabend sollten in Bermaringen der Landwirt Wagner durch den Klingenheimer Bezirksnotar Kübler elektrische Apparate und Artikel zwangsversteigert werden. Der betroffene Landwirt hatte laut „Umer Tagblatt“ offenbar Umer Kommunisten von der Versteigerung benachrichtigt, und so trafen vor Beginn der Versteigerung 20-25 Kommunisten auf Fahrrädern in Bermaringen ein, um die Versteigerung mit Gewalt zu verhindern. Durch Bedrohung der Steigerungslustigen und des Notars gelang ihnen dieses Vorhaben. Die Versteigerung mußte abgebrochen werden. Die Ortspolizei nahm darauf einige Störenfriede aus Rathaus zur Vernehmung. Der kommunistische Trupp drang jedoch auch ins Rathaus ein und holte die bei der Vernehmung Befindlichen heraus. Kurz ehe die zur Hilfe getretenen Landjäger aus Blaubeuren eintrafen, zerstreute sich der Trupp auf den Rädern nach allen Richtungen. Ein Teil floh in Richtung Weibach, ein anderer geradewegs in Richtung Umer. Keun Beteiligte konnten

inzwischen von den Landjägern und der Kriminalpolizei festgenommen werden. Inzwischen hat die Landjägerstation Blaubeuren die Namen dreier weiterer Täter ermittelt. Die Festgenommenen werden sich vor dem Schnellrichter wegen Landfriedensbruch zu verantworten haben.

Um das Telegramm der drei süddeutschen Staatspräsidenten an den Reichspräsidenten

Stuttgart, 13. Juni. Die deutschnationalen „Südd. Zeitung“ ist zu folgender Erklärung ermächtigt: „Das ausscheregende Telegramm, das die drei süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten gemeinsam aus Karlsruhe mit der Bitte um Empfang an den Reichspräsidenten gerichtet haben, ist ohne vorherige Benachrichtigung des württembergischen Staatsministeriums abgefaßt und an die Presse gegeben worden. Die Mitglieder des Staatsministeriums sind vor vollendete Tatsachen gestellt und erst nach Abendung des Telegramms zu einer Sitzung eingeladen worden. In der Sitzung sind sie unterrichtet worden über die bei der Konferenz in Karlsruhe in Anwesenheit des Führers der Bayerischen Volkspartei, Staatsrats Schäffer, besprochenen und dem Reichspräsidenten vorzutragenden Punkte. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Der deutschnationale Finanzminister Dr. Dehlinger hat gegenüber einzelnen Punkten seine abweichende Auffassung ausgesprochen. Die Fragen der Gründe und Hintergründe des Regierungswechsels und der Zusammenfassung des Reichskabinetts sind nicht berührt worden.“

Aus Baden

Bilgingen (Schwarzwald), 13. Juni. (Opfer der Wirtschaftskrise.) Ein hiesiger Bürger traf nichts eine Frau von hier in völlig verzweifelter und irrem Zustand an, die dauernd fragte: „Wo bekomme man das Geld, um die Steuern zu bezahlen?“ Der Mann führt sie den nächsten Schulreuten zu, die sie zur Polizeiwache brachten, von wo das geisteskranke Opfer der Wirtschaftskrise mit dem Sanitätswagen ins Krankenhaus übergeführt wurde. Die Frau war bisher völlig normal.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Gründung einer neuen Partei in Essen: „Die neue Mitte“. In einer in Essen tagenden Versammlung hat sich eine Partei gebildet, die den Namen führt: „Die neue Mitte“ (Sozialliberale Partei).
Präsidentenwahl in Paraguay. Die Wahlkollegien haben einstimmig zum Präsidenten von Paraguay Eusebio Agala und zum Vizepräsidenten Casal Ribeiro gewählt.
Deutscher Flottenbesuch in Stockholm. Der deutsche Flottenbesuch in Stockholm hat am Sonntag begonnen. Die Fahrt des deutschen Kreuzers „Königsberg“ zusammen mit den Torpedobooten „Seedler“, „Albatros“, „Falke“, „Condor“ und „Röwe“ durch die schwedischen Schären fand bei der schwedischen Bevölkerung das größte Interesse, die die deutschen Schiffe herzlich begrüßte und den Besuch der deutschen Flottille durch reichen Flaggenschmuck feierte. Begünstigt durch das schöne Sommerwetter ruft die Anwesenheit der Deutschen in Stockholm Festesfreude hervor.

Flugzeugabsturz beim Ansterburger Volksflugtag. Bei Veranstaltung zum Ansterburger Volksflugtag legte bei der Vorführung eines Fallhirmabsperrung des Motor eines Flugzeuges aus. Das Flugzeug kam ins Trudeln, wurde noch einmal abgefangen, stürzte dann aber kurz über dem Erdboden ab. Der Begleiter, Katz, war auf der Stelle tot. Der Pilot Toffendorf erlitt ebenfalls tödliche Verletzungen.

Ausbau der Großglocknerstraße. Der Ministerrat beschloß einen Geleisenwurf, der die Regierung zur Beschaffung von Mitteln zur Fortsetzung des Baues der Großglocknerstraße durch Darlehen ermächtigt.

Strandung eines Dampfers in den ostasiatischen Gewässern. Nach einer Neutermeldung aus Weihaiwei ist der Dampfer „Whangking“ mit 350 chinesischen Fahrgästen an Bord bei dichtem Nebel auf Grund geraten. Zwei englische Zerstörer sind dem in Seerot befindlichen Schiff zu Hilfe geeilt.

Zehn Personen verletzt. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich auf einem Schulhof am Weidenstieg in Hamburg. Von einem dort stehenden Maziendbaum brach plötzlich ein schwerer Ast ab und stürzte in eine vor einer Wohnfahrtszentrale stehende Menschengruppe. 10 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Großfeuer im Lunapark. Im Automatencasino im Lunapark in Berlin brach morgens Feuer aus, das rasch einen großen Umfang annahm. Acht Jüger der Feuerwehr mußten nach und nach anrücken, um das Feuer aus 16 Rohren zu bekämpfen, das inzwischen auch den 53 Meter hohen Turm ergriffen hatte. Auch die umliegenden Gebäude gerieten in Brand. Nur mit Mühe gelang es, die Berg- und Talbahn, sowie das angrenzende Hauptrestaurant vor den Flammen zu schützen.

Aus dem Gerichtssaal

Wegen Vergehens gegen die Devisenbestimmungen verurteilt

Leipzig, 13. Juni. Das gemeinsame Schöffengericht verurteilte heute den 40 Jahre alten Vertreter und früheren Kapitänleutnant Kurt Hermord aus Leipzig wegen Vergehens gegen die Devisenordnung zu 8 Monaten Gefängnis und 37 000 RM. Geldstrafe oder weiteren 6 Monaten Haft. Der Angeklagte war Mitte Februar nach Zürich gefahren, kaufte dort deutsche Wertpapiere zu geringerem Kurs, brachte diese nach Deutschland, wo er sie mit Gewinn verkaufte.

Strafantrag im Prozeß Abel

Im Meineidsprozeß Abel gab der Sachverständige Obermedizinalrat Dr. Vogler sein Urteil über den Geisteszustand des Angeklagten Abel ab. Man müsse Abel als erblich belasteten und degenerierten Hochopathen ansehen. Seine geistigen Fähigkeiten seien gut, aber die moralischen Qualitäten stark verflümmert. Der Staatsanwalt beantragte gegen Abel wegen zweier Verbrechen des Meineides zu fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, dauernde Eidesunfähigkeit und sofortige Verhaftung. Sowohl die Ausführungen Abels über Roth und den Garsels-Mord wie auch die Befundungen Abels im Prozeß Hitler-Gräfe, wo es sich um italienische Gelder an Hitler handelte, hätten sich als vollkommen unwahr erwiesen.

Abel zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt

München, 13. Juni. Im Meineidsprozeß wurde nach dreitägiger Beratung das Urteil verkündet. Abel wird wegen zweier Verbrechen des Meineides zu drei Jahren Zuchthaus und sieben Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Haft wird wegen Nachtgefahr aufrecht erhalten. Der Verurteilte Abel hatte auf Freispruch plädiert, da kein kritischer Nachweis erbracht worden sei, das Abel in seinen eidlichen Aussagen objektiv die Unwahrheit gesagt habe.

Wilderei

Tübingen, 13. Juni. Wegen Wilderei wurde der 52-jährige Landwirt Karl Schiebel von Seeborn zu sechs Wochen Gefängnis und der 24-jährige Alfons Fischer von Seeborn wegen Beihilfe zu 30 RM. Geldstrafe verurteilt. Schiebel war Mitglied einer Jagdgesellschaft und zugleich auch Kutscher derselben. Dem Vertrag zuwider ging er allein auf die Jagd, auch stellte er verschiedentlich Fallen. In einem Falle hatte er den Fischer als Beihilfe bei sich.

Wegen Amtsunterdrückung verurteilt

Firmasens, 13. Juni. Der Bürgermeister von Jehrbach, Karl Helfrich, stand vor dem erweiterten Schöffengericht. Er hatte sich wegen Amtsunterdrückung und Hinterziehung von Geldern zu verantworten. Es gelang ihm keine Straftaten zum größten Teil nachzuweisen. Er wurde schließlich zu einem Jahr Zuchthaus und 1000 RM. Geldstrafe (letzte wegen Biersteuerhinterziehung) verurteilt.

Der Memelstreit vor dem Schiedsgerichtshof

Saar, 13. Juni. Die mündlichen Verhandlungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Memelstreit wurden fortgesetzt. Heute erhielt der litauische Vertreter, General Sidjkauskas, dem der litauische Anwalt am Appellationsgericht zu Kowno, Dr. Robinson, zur Seite steht, das Wort zu seinem Plädoyer. Er begann mit historischen Betrachtungen über die Vergangenheit Litauens und des Memellandes. Diese Darlegungen verholaten offensichtlich den Zweck, den Eindruck zu erwecken, daß man es bei dem Memelland mit einem Gebiet zu tun habe, das von altersher zu Litauen gehört habe, aber durch starke deutsche Einflüsse allmählich seinen früheren Nationalcharakter zum großen Teil eingebüßt habe. Auch jetzt noch habe sich Litauen gegenüber dem deutschen Einfluß zu verteidigen. Sidjkauskas versuchte weiter den Beweis für die von ihm aufgestellte These zu erbringen, daß die alliierten Hauptmächte dem Memelland einen autonomen Charakter verliehen hätten, um die Herstellung einer Einheit dieses Gebietes mit Litauen zu ermöglichen. Von diesem Gesichtspunkt aussehend müsse daher die litauische Verfassung auch für das Memelland gelten. Also müsse die litauische Regierung durch ihren Gouverneur nicht nur über dem Memeler Landtag sondern auch über das eigentliche örtliche Verwaltungsorgan, das Direktorium und seinem Präsidenten, die Kontrolle ausüben können.

Kundfunk

Mittwoch, 13. Juni: 6 Uhr Gumnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15 Uhr Vortrag: Anteil der Landfrauen-Arbeit an der Wanderausstellung der DFG, 15.15 Uhr Abendstunde, 16.30 Uhr Wissenswörter von der Reichsschiff, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, 18.25 Uhr Vortrag: Redenstunde, 18.50 Uhr Enallscher Sprachunterricht, 19.15 Uhr Zeit, 19.30 Uhr Bestkonzert, 20.30 Uhr Redy mit Schallplatten, 21 Uhr Konzert, 22 Uhr Die Hand, Novelle, 22.30 Uhr Zeit.

Donnerstag, 16. Juni: 6 Uhr Gumnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 15.30 Uhr Stunde der Jugend, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, 18.25 Uhr Vortrag: Was die Sonne einst erkaltete? 18.50 Uhr Vortrag: Wirtschaftsverfall und Wirtschaftsfrage der Völker, 19.15 Uhr Zeit, 19.30 Uhr Operettenkonzert, 20.30 Uhr Baden-Wirtschaften, 21 Uhr Michael Reinhold Lens, Dürstpiel, 22 Uhr Kleine Blasmusik, 22.30 Uhr Zeit, 22.45 Uhr Nachtmusik.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Maschinen-Werke Oberndorf. Die zum Konzern der Berlin-Karlshuber Industriewerke AG. in Berlin gehörende Gesellschaft weist für das am 30. September 1931 beendete Geschäftsjahr einen Fabrikationsgewinn von 1 163 875 RM. aus (i. B. Fabrikationsverlust von 381 201 RM.), während Bandlunungslosten 878 566 (451 276) RM. und Abschreibungen 149 118 (143 213) RM. erforderten. Für 1930/31 ergibt sich demnach ein Gewinn von 138 191 RM., um den sich der aus dem Vorjahr vorerwahnte Verlust auf 791 480 RM. ermäßigt. Nach dem Verwaltungsbericht hat der Abzug durch schwere Finanzkrise und politische Störungen in einigen für den Waffenzweig besonders in Betracht kommenden Ländern verurteilt, noch mehr wurden neben der Waffenabteilung die übrigen Abteilungen Rüstungsbau, Werkzeugabteilung, Addiermaschinenbau von der Wirtschaftskrise, die teilweise zu schweren Einfuhraberminderungen in einer großen Anzahl Länder führte, betroffen.

Ergebnis des Vinoleum-Konzerns. Die Umsätze sind gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um etwa 27 Prozent zurückgegangen. Trotzdem wurde ein Bruttoüberschuss von 3.305 Millionen RM. (i. B. 15.495 Mill. Schweizer Franken) erzielt, der die Übernahme der vollen regulären Abschreibungen ermöglichte. Darüder hinaus haben es die Konzerngesellschaften unter den veränderten Verhältnissen für richtig gehalten, die in ihrem Besitz befindlichen Aktien und Parts der Societe Anoleme du Vinoleum „Sarlino“ voll abzuschreiben, sowie auch eine namhafte Abschreibung auf die der Sarlino gewährten Kredite vorzunehmen. Auch das Aktienkapital der Vidauer Vinoleum-Werke, deren Betrieb seit Aniana 1930 stillsteht, ist mit seinem vollen Buchpreis abgeschrieben worden. Danach ergibt sich im Gesamtkonzern ein Verlust von 16.507 Millionen RM. (i. B. 4.058 Millionen Schweizer Franken Reingewinn, daraus 5 Prozent Dividende auf das im Umlauf befindliche Aktienkapital sämtlicher Konzerngesellschaften. Für die Deutsche Vinoleum-Werke AG. beträgt der volummäßige Verlustanteil 6.0510 Millionen RM. (i. B. 1,074 Millionen RM. Reingewinn).

Börse

Berliner Börse vom 13. Juni. Die Eröffnung des offiziellen Börsenverkehrs, war zwar etwas enttäuschend, da die ersten Notierungen den hohen nordöstlichen Kurstufen nicht ganz entsprachen. Die Grundstimmung war aber doch durchaus freundlich. Der Geldmarkt hatte unverändert feste Veranlassungen. Am Rentenmarkt schienen Handbriefe eher anzuhäufen zu sein, jedoch man mit 0,5 Prozent schwächeren Kursen rechnet.

Letzte Nachrichten

Die Nationalsozialisten fordern klare Bilanz
Die preussische Regierung soll im Landtag Auskunft über den Stand der Staatsfinanzen geben

Berlin, 12. Juni. Die nationalsozialistische Fraktion fordert in einem Antrag die Staatsregierung auf, im Plenum des Landtags den Stand der Staatsfinanzen, des Staatsvermögens und die Kassenlage darzulegen. Der Antrag ist bereits auf die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung gesetzt worden. Er wird in Verbindung mit den Anträgen auf Aufhebung der preussischen Notverordnung erörtert werden.

Macdonald und Herriot in Genf eingetroffen
Genf, 13. Juni. Der englische Premierminister Macdonald, der britische Außenminister Sir John Simon, der französische Ministerpräsident Herriot, der französische Kriegsminister Paul-Boncour und der Direktor der Völkerverbandsabteilung am Quai d'Orsay, Massigli, sind heute abend in Genf eingetroffen.

Schweres Autounglück — 27 Schwer- und Leichtverletzte
Hagen, 13. Juni. Heute nachmittag ereignete sich hier ein schweres Autounglück. Ein Lieferwagen mit Anhänger aus Sterkrade sauste aus bisher noch unbekannter Ursache in einer Kurve die Böschung hinunter und überstürzte sich. 27 Personen sind mehr oder minder schwer verletzt worden.

Stillelegung der Zeche „de Wendel“
Hamm, 14. Juni. Die Verwaltung der Zeche „de Wendel“ in Hamm hat der gesamten Belegschaft und allen Angestellten zum nächsten Termin gekündigt. Gleichzeitig ist Anzeige beim Regierungspräsidenten in Arnberg erfolgt, daß zum 1. August 1300—1500 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung kommen sollen. Begründet wird diese Maßnahme mit hohen steuerlichen und sozialen Belastungen, sowie der hohen Sanitätsumlage, die eine Rentabilität der Zeche unmöglich machten.

Schwere Zuchthausstrafen für Raubmörder
Düsseldorf, 13. Juni. Das Düsseldorf'sche Schwurgericht verurteilte heute zwei 21 Jahre alte Burshen, die am 16. Januar d. J. eine 79jährige Kolonialwarenhandlerin in Schlebusch überfallen und beraubt hatten, wegen schweren Raubes mit Todesfolge zu 13 und 12 Jahren Zuchthaus. Die Mutter des einen wurden wegen Hehlerei zu neun Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Eine Schülererschöpfung in Tighina
Czernewitz, 13. Juni. Wie ein hiesiges deutsches Blatt meldet, wurde in der Stadt Tighina ein Mittelschulprofes-

sor von einem Schüler der 6. Gymnasialklasse erschossen. Der Täter stellte sich dann freiwillig der Polizei. Die Untersuchung ergab, daß mehrere Schüler des Gymnasiums sich verschworen hatten, Professoren, die zu streng waren, aus der Welt zu schaffen. In einer Geheim Sitzung wurde durch Abstimmung der dann auch wirklich Ermordete als erstes Opfer und durch Los der Mörder bestimmt.

Für 98 Pfennig das Leben aufs Spiel gesetzt
Domersleben, 13. Juni. Bei dem Gastspiel einer Artistengruppe ließ sich der Artist Waldhelm aus Egelin, genannt der Eisenkönig, von einem 36 Zentner schweren Lastauto, das mit acht Personen besetzt war, überfahren. Das Experiment, das der Artist, der bei dem Zirkus nicht engagiert ist, auf eigenes Risiko machte, wäre ihm beinahe zum Verhängnis geworden. Denn als die Vorderräder bereits über den Artisten hinweggegangen waren, rutschte das Anfahrtdreht weg, das Auto blieb stehen, und das eine Hinterrad drehte sich blitzschnell auf dem entblößten Rücken des Artisten. Das Publikum half dem Artisten auf die Beine, worauf er dem Wohnwagen zuwankte. Einige Minuten später zeigte er sich jedoch unverletzt wieder dem Publikum, seine starke Muskulatur hatte ihn gerettet. — Der Artist hatte für 98 Pfennig, die er vorher unter den Zuschauern gesammelt hatte, sein Leben aufs Spiel gesetzt.

Hitzewelle in Indien
Raunpur, 13. Juni. Vingt Personen sind gestern abend hier an Hitzschlag gestorben. Die Durchschnittstemperatur betrug 46 Grad Celsius.

Gestorben
Jelshausen: Karl Braun, Sohn des Briefträgers Braun, 18 Jahre alt.
Lobburg: Andreas Benz, Wäldermeister, 67 Jahre alt.
Oberal-Hirschauerwald: Christian Worfel, Straßenwari a. D., 69 Jahre alt.
Krutenhof: Marie Walz Witwe, Alt-Hirschwirtin.
Besperweiler: Christine Kübler geb. Schmal (zur „Linde“), 68 Jahre alt.
Hattlerbach: Matthäus Ruoff, Landwirt, 80 Jahre alt.
Mindersbach: Karl Köhler, Sohn des Gemeindepfleegers, 12 Jahre alt.

Wetter für Mittwoch
Hochdruck beherrscht die Wetterlage. Für Mittwoch ist vielfach heiteres, trockenes und auch zu Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Getreide
Berliner Produktendörse vom 13. Juni. Weizen märk. 251 bis 253, Roggen märk. 188—190, Kullienroggen 193, Futter- und Anfruchtgerste 167—173, Hafer märk. 157—161, Weizenmehl 21.25 bis 25, Roggenmehl 25.50—27.30, Weizenkleie 10.40—10.90, Roggenkleie 9.80—10.30, Viktoriaerbsen 17—23, kleine Sojabohnen 21—24, Futtererbsen 15—17. Allgemeine Tendenz: rubia.

Stuttgarter Produktendörse vom 13. Juni. Weizen 26—27 (26 bis 27.50), Sommergerste 19—20 (19—20.50), Hafer 16—17.50 (16—18), Weizenmehl 41.15—41.65 (41.70—42.20), Brotmehl 33.15—33.65 (33.70—34.20), Weizenkleie 3.50—4.50 (una); alles andere unverändert.

Fruchtschranne Nagold. (Markt am 11. Juni 1932.) Verkauf: 17.12 Jtr. Weizen, Preis pro Jtr. 13.30—14.00 RM, 8.20 Jtr. Gerste, Preis pro Jtr. 10.50—11.00 RM, 2.74 Jtr. Hafer, Preis pro Jtr. 9.30 RM. Zufuhr schwach, Handel etwas zurückhaltend. Gerste ist noch aufgestellt in der Schrannehalle. Weizen und Hafer werden im Laufe der Woche zugeführt. — Nächster Fruchtmarkt am Samstag, den 18. Juni 1932.

Wäcker
Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 13. Juni. Auftrieb: 114 Ochsen 173 Bullen, 248 Kühe, 330 Färsen 701 Kälber, 10 Schafe, 2197 Schweine, 86 Arbeitspferde, 48 Schlachtpferde, 1 Ziege. Preise: Ochsen a 34—36, b 28—30, c 28—31, Bullen a 27—30, b 24—26, c 21—24, Kühe a 26—29, b 22—25, c 16—18, d 14—16, Färsen a 34—37, b 30—32, c 27—30, Kälber b 41—44, c 37—41, d 32—36, e 25—30, Schafe b 22—30, Schweine b und c 41—42, d 42—43, e 39—41, f 35—38, g 32—36. Preise pro Stück: Arbeitspferde 400—1400, Schlachtpferde 25—100, Flecken 10—15 RM. Marktverlauf: Großvieh mittel, geräumt, Kälber rubia, langsam geräumt, Schweine mittel geräumt.

Schweinepreise. Balingen: Milchschweine 13—19 RM. — Crailsheim: Färsen 25—35, Milchschweine 14—21 RM. — Giengen a. St.: Sauenschweine 14—20, Färsen 24—34 RM. — Künzelsau: Milchschweine 12—20 RM. — Debringen: Milchschweine 15—20 RM. — Rotweil: Milchschweine 13 bis 18 RM. — Trossingen: Milchschweine 15—18 RM. — Waiblingen a. G.: Milchschweine 15—21, Färsen 27 RM.

Stuttgarter Obstmarkt. Nach dem Bericht der Zentralermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins in Stuttgart ist für diese Woche mit einer erheblichen Steigerung der Zufuhr in Äpfeln und Erdbeeren zu rechnen. Großhandelspreise: Äpfeln 20—28, Gartenerdbeeren 60—80, Walderdbeeren 100—120, grüne Stachelbeeren 22 Pfg. per Pfund.

Konkurse
Nachlass des † Johannes Held, Salzenbauern in Bergeshausen.
Gustav Mandel (Inhaber eines bisher unter der Firma Riethammer u. Mandel betriebenen Steingutgeschäfts in Ludwigsburg).

Bergleiserverfahren
Firma Hiltbeiner u. Klumpp, Sägewerke in Besenfeld und Trüberg.

Beuren, den 14. Juni 1932.



Todes-Anzeige.

Meine liebe, gute Frau, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin, Tante und Nichte

Friedrike Kalmbach

geb. Kirn

ist nach längerem Leiden im Alter von 37 Jahren sanft entschlafen.

In tiefer Trauer
der Gatte: **Marin Kalmbach**, Bürgermeister
mit 4 Kindern

Beerdigung am Mittwoch, nachm. 1 Uhr.

Gompelscheuer.



Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß mein lieber Gatte, unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwoger und Onkel

Jakob Gurrbach

Solzhauser

gestern früh 5 Uhr nach langem schweren Leiden in die Ewigkeit eingehen durfte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Katharine Gurrbach
mit Kindern.

Beerdigung Mittwoch nachm. 2 Uhr.

Bücher

die man lieb gewinnt und die man nicht wieder vergißt!

Bücher

die bereichern unser Verstehen und Erkennen fördern.

Bücher

die durch ein vornehmes Äußere als Geschenk sich ganz besonders eignen

Solche Bücher

finden Sie stets in der

Buchhandlg. Lauk

in Altensteig und Nagold.

Donnerstag, den 16. Juni und Dienstag, 21. Juni 1932

Fahrt nach Stuttgart

Abfahrt Donnerstag 8 Uhr. Anmeldungen Gasthof „Ortner Baum“. Telefon 20. 26. Juni

2. Bodensee-Fahrt nach Friedrichshafen

Fahrpreis 10 Mk. 25. und 26. Juni

Große Schweizer-Fahrt nach Zürich—Birmensdorf—Luzern.

Fahrpr. M. 18.—. Hierfür Anmeldeschluß am 19. Juni.

Dampfschiffverkehr Gebrüder Klumpp, Balersbrunn

Telefon 2233.

2-Zimmer-Wohnung

gesucht.

Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bts.

- 1 Drehstrommotor 3 PS mit Anläßer
- 1 Dreschmaschine mit Fußpedal-Örtung
- 1 Pflugmähre beide Maschinen bereits neu hat abzugeben

Dr. Schürle, Altensteig.

Martinsmoos.

Ältere



Ruh

mit Kalb verkauft

Hanselmann & Krone

Die ehemaligen 126er

werden auf Sonntag, den 19. Juni zu einer Autofahrt nach dem Denkmal unserer gefallenen Regimentskameraden eingeladen. Abfahrt Altensteig „Drei König“ 6 Uhr früh. Richtung Erzgrube-Besenfeld, an welcher Straße die Kameraden missfahren können. Fahrpreis zirka 2 Mk. Anmeldung bis Freitag bei Kamerad Schürle „Drei König“.

Freie Metzger-Innung

des Oberamtsbezirks Nagold

Vom heutigen Dienstag ab kostet:

1 Pfd. Schweinefleisch (abgespecktes)	75 Pfg.
1 Pfd. Schweinefleisch (Bauchlappen)	65 Pfg.
1 Pfd. Speck mit Bauchfett	60 Pfg.
1 Pfd. Schweineschmalz	65 Pfg.

Der Obermeister.

Reklame

ist gerade in den schwersten Zeiten

notwendig!

Bringen Sie sich oder Ihre Waren immer wieder in der weitverbreiteten

Schwarzwälder Tageszeitung

„AUS DEN TANNEN“

in Erinnerung und Sie werden sehen, daß Sie dabei gute Erfahrungen machen!